

Protokoll

über die Sitzung des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten der Stadt Bad Bramstedt am Montag, den 22. August 2011 im Schlosssaal des Schlosses Bleeck

Sitzungsbeginn: 19.00 Uhr
Sitzungsende: 22.10 Uhr

Anwesend:

Herr Bredfeldt	als Vorsitzender
Herr Barth	
Herr Park	
Herr Schadendorf	
Herr Lauff	
Herr Wrage	
Herr Bornhöft	bis einschl. TOP 6
Herr Casper	
Herr Poggensee	ab 19.15 Uhr
Herr Schramm	als Vertreter für Herrn Dr. Koschorrek
Frau Smith	als Vertreterin für Frau Wendland
Herr Jacobi	nicht stimmberechtigt
Herr Behm	nicht stimmberechtigt
Frau Schönau-Sawade	nicht stimmberechtigt
Herr Strübing	nicht stimmberechtigt
Herr Dr. Schäffler	Ortsnaturschutzbeauftragter
Frau Höch	Beauftragte für Menschen mit Behinderung
Herr Wassermann	Seniorenbeirat
Herr Stadtplaner Baum	Architektur + Stadtplanung, Hamburg, als Gast zu TOP 3
Herr Bürgermeister Kütbach	
Frau Kütemeier	bis einschl. TOP 3
Herr Reinbacher	als Protokollführer

Herr Bredfeldt eröffnet die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist. Gegen die Einladung werden keine Einwendungen erhoben.

Herr Weiß beantragt für die CDU-Fraktion die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Neubau der Autobahn A20, Ergebnis der Machbarkeitsstudie Trogbauwerk“. Er begründet den Antrag mit dem der Verwaltung durch den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr aktuell vorgelegten Ergebnissen der Machbarkeitsstudie.

Der Ausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um TOP 2 zu. Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

I. Öffentlicher Teil

TOP 1 | Einwohnerfragestunde

Zu Beginn der Sitzung sind ca. 40 Besucher anwesend. Der Großteil aus dem Wohngebiet Bissenmoor. Auch Vertreter des Bürger- und Verkehrsvereins, der Schön Klinik, der Raiffeisenbank und COOP waren anwesend. Die Presse wird durch Herrn Behn, Segeberger Zeitung, vertreten.

- **Herr Hankeln** bittet darum, sich nach Präsentation der Ergebnisse zu TOP 2 noch einmal zu Wort melden zu dürfen. Herr Bredfeldt stellt dies nach kurzer Aussprache im Ausschuss in Aussicht.

TOP 2	Neubau der Autobahn A20 hier: Ergebnis der Machbarkeitsstudie Trogbauwerk
--------------	--

Herr Bredfeldt führt in das Thema ein und verweist auf die durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Stellungnahme zum Neubau der Autobahn A20 insbesondere zum Kreuzungsbe-
reich A20/B4/AKN. Es ist nach seiner Auffassung insbesondere im Baugebiet Bissenmoor mit star-
ken Immissionen zu rechnen. Deshalb bringt die Stadt nicht nur großes Verständnis dafür auf, dass
die Anlieger besorgt sind und die Verantwortlichen aufgefordert haben, Maßnahmen zur Reduzie-
rung der Immissionsbelastungen vorzusehen. Die Stadt hat in ihrer Stellungnahme dieses auch sozu-
sagen im öffentlichen Interesse unterstützt und unter anderem eine Troglösung zur Unterführung der
B4 und der AKN gefordert. Nunmehr liegt das Ergebnis einer Machbarkeitsstudie auf Veranlassung
des Ministeriums und des Landesbetriebes Straßenbau und Verkehr seit wenigen Tagen vor.

Herr Bürgermeister Kütbach geht kurz auf die Inhalte der Beschlusslage der Stadtverordnetenver-
sammlung ein und informiert über die folgenden Verwaltungsgespräche mit den verantwortlichen
Behördenleitern aus dem Ministerium und dem Landesbetrieb. Als Folge dieser Gespräche liegt nun
die Machbarkeitsstudie zur Herstellung eines Trogbauwerkes zur Absenkung der BAB A20 im Be-
reich der Bundesstraße 4 und Bahntrasse der AKN vor. Er schildert einige Planungsdetails auch aus
einem vorbereitenden Gespräch im Landesbetrieb Itzehoe. Sowohl rechtlich als auch technisch wäre
ein Trogbauwerk realisierbar. Als Nachgang zu der Studie hat der Landesbetrieb heute noch die er-
mittelte Kostendifferenz zwischen Entwurfs- und Trogvariante übermittelt. Im Ergebnis betragen die
Baukosten für eine Trogvariante ca. 54,0 Mio. € Die vorliegende Planfeststellungsvariante liegt bei
Baukosten in Höhe von ca. 6,5 Mio. € Abzüglich bestimmter Kostenvorteile wegen reduzierter
Dammhöhen in Höhe von ca. 500.000,00 € betragen die voraussichtlichen Mehrkosten für eine
Trogvariante ca. 46,7 Mio. €

Notiz: Geplante Gesamtbaukosten für den Abschnitt ca. 129,0 Mio. €

Herr Kütbach berichtet, dass dieser erhebliche Mehraufwand im Wesentlichen durch die Anforde-
rungen an die Grundwassersituation bedingt ist. Diese Information des Landesbetriebes ist zunächst
nur als Zwischenergebnis zu bewerten. Zu den Erörterungsterminen und Abwägungsentscheidungen
wird es nach Auskunft des Landesbetriebes definitiv in diesem Jahr nicht mehr kommen.

Herr Bornhöft empfiehlt, diese Bewertung nur als Zwischenergebnis zur Kenntnis zu nehmen. Er
hält weitere Einwendungen auch parallel zu den Inhalten des Planfeststellungsverfahrens für not-
wendig. Dazu gehört auch der Hinweis darauf, dass die damalige Landesregierung das Projekt des
Golf-, Sport- und Wohnparks Bissenmoor unterstützt hat. Es muss weitere Ansätze geben, auch auf
politischer Ebene auf die Ausführung der Planungen einzuwirken.

Herr Bornhöft stellt dazu aus Sicht seiner Fraktion drei Forderungen auf:

- Weitere Suche nach alternativen Lösungen der Bauausführung.
Vorstellbar ist aus seiner Sicht auch eine Aufteilung der Höhenlagen der Trassenführungen (z. B.
Anhebung der Verkehrsstrassen der AKN und der B4 bedingt die Reduzierung der Trogvariante.
- Es sollte auch geprüft werden, ob eine Verlagerung des Kreuzungsbauwerkes in südliche Richtung
zu positiven Effekten kommen kann.
- Sollte es wider Erwarten unumgänglich sein, an der derzeitigen Entwurfsvariante festzuhalten,
muss über aktive Lärmschutzmaßnahmen zur Verbesserung der Situation diskutiert werden. Diese
genannten Forderungen sollten möglichst noch vor der Abwägungsdebatte im Anhörungsverfahren
mit den verantwortlichen Planungsträgern erörtert werden.

Nach kurzer Aussprache schließt sich der Ausschuss den Bewertungen von Herrn Bornhöft an.

Herr Schadendorf thematisiert ein Szenario als Folge der beschriebenen baubedingten Grundwasserabsenkung und empfiehlt prüfen zu lassen, ob Folgeschäden auf die Bausubstanz im Bereich des Wohngebietes Bissenmoor zu erwarten sind.

Mit Zustimmung des Ausschusses erteilt **Herr Bredfeldt** den Zuhörern das Wort.

- **Herr Hankeln** kritisiert die bisherige Vorgehensweise von Herrn Bürgermeister Kütbach in dieser Angelegenheit. Die Anlieger Bissenmoor sind nach Beratung in der Stadtverordnetenversammlung davon ausgegangen, dass die Anlieger Bissenmoor an den weiteren Schritten der Vorgehensweise unmittelbar beteiligt werden. Das ist nicht geschehen. Ein Termin im Ministerium wurde von den Anliegern separat vereinbart und auch wahrgenommen. Über einige Informationen, die von den Ministeriumsvertretern gegeben wurden, waren die Betroffenen schon sehr überrascht. Es ist der Eindruck entstanden, dass die Stadt sich nicht umfänglich für die Interessen der Anlieger Bissenmoor eingesetzt hat.

Herr Bürgermeister Kütbach antwortet direkt darauf und sagt, dass das bisherige Vorgehen ausschließlich dazu gedient habe, zunächst die sachlichen Aspekte der Planungen aufzuarbeiten, um geeignete Argumente für eine überörtliche politische Bewertung zur Unterstützung der Interessen der Stadt und der Anlieger Bissenmoor zu finden. Wenn es aus Sicht der Anlieger neue Ansätze geben sollte, wäre er gern bereit, diese auch in den weiteren Prozess der Erörterung aufzunehmen.

- **Herr Hankeln** hält die von Herrn Schadendorf skizzierte Grundwasserabsenkungsthematik für nicht realistisch. Es sollte nicht noch zusätzliche Ängste geschürt werden, zumal nach seiner Kenntnis die Baugrundverhältnisse im Plangebiet eher unkritisch einzuschätzen sind.

- **Herr Wasmus** hält eine Trassenverlagerung in südliche Richtung für sinnvoll. Auch durch den Anstieg des Geländes könnten Vorteile entstehen.

- **Herr Bornhöft** spricht auch das Thema Grundwasserabsenkung an und sieht die geschilderte Problematik ebenfalls nicht. Er hält es aus technischer Sicht für unbedenklich, da unter anderem auch in Großstädten diese Technik punktuell eingesetzt werden kann.

Herr Bredfeldt stellt abschließend fest, dass der Ausschuss die vorgelegte Machbarkeitsstudie lediglich als Zwischenergebnis zur Kenntnis nimmt. Der Ausschuss schließt sich mehrheitlich der von Herrn Bornhöft vorgeschlagenen Forderungen zum weiteren Vorgehen in dieser Angelegenheit an.

TOP 3	2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31, Birkenweg/Reiherstieg (Sondergebiet Kurgebiet) hier: Aufstellungsbeschluss, Vorentwurf
--------------	---

Herr Bredfeldt führt in das Thema ein und berichtet auch über die schon vorangegangenen Informationsveranstaltungen zu diesem Projekt.

Herr Baum erläutert dann die Inhalte der erforderlichen Bebauungsplanänderung zur Schaffung der Baurechte für den geplanten Erweiterungsbau mit folgenden Rahmenfestsetzungen: Zahl der Vollgeschosse 5, Erweiterung der überbaubaren Flächen, eingeschossige gedeckelte Stellplatzpalette mit Gründach, Stellplatzfläche mit Option für den Bau einer Parkpalette, Neuordnung der Grundstückszufahrten, Fassadengestaltung.

Übereinstimmend begrüßen alle Fraktionen des Ausschusses dieses Projekt auch als weitere Stütze des Gesundheitsstandortes Bad Bramstedt. Das Projekt wird insgesamt auch zu weiteren Arbeitsplätzen führen.

Alternative Fassadenfarbgestaltungsmöglichkeiten werden diskutiert. Übereinstimmend spricht sich der Ausschuss für die beantragte Planvariante (weiß mit Teilflächen in grau/anthrazit) aus.

Übereinstimmend empfiehlt der Ausschuss, zu gegebener Zeit einen möglichen Ersatz der entfallenden öffentlichen Parkplätze im Kurgebiet gesondert zu erörtern.

Der Ausschuss beschließt auf der Grundlagen des von Herrn Baum vorgestellten Vorentwurfes die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 31, Birkenweg/Reiherstieg (Sondergebiet Kurgebiet).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 4	Fortsetzung der Innenstadtentwicklung a) Antrag der SPD-Fraktion b) Ergebnisse des Tourismuskonzeptes
--------------	--

Zu b verweist **Herr Bürgermeister Kütbach** auf die ausführliche Präsentation der Ergebnisse des Tourismusgutachtens im Finanzausschuss. Die Gutachterergebnisse, die sich auf die städtebaulichen Planungen Innenstadt auswirken, sind bereits in der Einwohnerversammlung am 30.06.2011 vorgestellt worden. Anhand einer Präsentationsfolie zu dieser Veranstaltung spricht **Herr Bürgermeister Kütbach** inhaltlich noch einige Anforderungen an den Bleeck an (Identität, Information und Gestaltung, Belegung ohne Hektik, Ruhezone, Reduzierung des Kfz-Verkehrs, touristisch ausgerichteter Einzelhandel ...). Er empfiehlt, abschließend diese Bewertungen zur Kenntnis zu nehmen und bei den weiteren konzeptionellen Beratungen für den Bleeck zu versuchen, eine ausgewogene Balance der Interessenlagen herbeizuführen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu a – Antrag der SPD-Fraktion

Herr Behm plädiert einleitend dafür, trotz vieler guter Ideen zunächst nur die wenigen erforderlichen Maßnahmen umzusetzen, um die Verkehrsführung nach Eröffnung der Ortsumgehungsstraße zu sichern. Alles andere sollte mit Blick auf realisierbare Finanzierungsperspektiven zunächst zurückgestellt werden.

Herr Bredfeldt berichtet kurz über den Stand der durch die Verwaltung eingeleiteten Vorbereitungen nach dem Ergebnis der letzten Ausschussberatungen. Die Stellungnahme der Verkehrsaufsichtsbehörde zu der beratenden Verkehrsführung insbesondere Kreisverkehr vor der Raiffeisenbank liegt noch nicht vor. Deshalb hält er es grundsätzlich für sinnvoll, wie bisher auch so beraten, in konzeptionelle Überlegungen für den Bleeck erst nach Lösung der künftigen Verkehrsführung schrittweise einzutreten.

Herr Schadendorf schildert dann sehr leidenschaftlich und vehement die Inhalte des Konzeptes der SPD-Fraktion zur Weiterentwicklung der Innenstadt und der Verkehrslenkung für alle Verkehrsteilnehmer. Er plädiert eindringlich und nachdrücklich dafür, eine Entscheidung über die künftige konzeptionelle Gestaltung des Bleecks nicht erneut hinaus zu zögern. Es ist jetzt an der Zeit allein schon aus Sicht knapper werdender künftigen Förderperspektiven ein Konzept zu haben, um die Weiterentwicklung auch voranbringen zu können. Er kritisiert das Verhalten der übrigen Fraktionen, die sich bisher zu den Anträgen seiner Fraktion nur negativ geäußert und keine Alternativen vorgelegt haben.

Dieser leidenschaftliche Vortrag löst eine angeregte Diskussion mit folgenden Beiträgen aus:

Herr Bredfeldt teilt die geäußerte Kritik nicht. In allen vorangegangenen Beratungen des Planungsausschusses herrschte mehrheitliche Zustimmung zu einer schrittweisen Erarbeitung von Lösungen und Konzepten für den Bleeck. Zunächst konzentrieren sich alle Überlegungen auf die künftige Verkehrsführung mit Eröffnung der Ortsumgehungsstraße. Dieses Thema ist noch nicht entscheidungsreif. Nach seiner Einschätzung sind insofern konzeptionelle Entscheidungen für den Bleeck wegen vieler offener Punkte noch nicht angebracht. Einige der im Antrag formulierten Maßnahmen sind durch bereits gefasste Beschlüsse des Ausschusses abgedeckt und verwaltungsseitig auch in der Vorbereitung. Einige Themen des Antrages entsprechen nicht seinen Vorstellungen.

Herr Bornhöft kann nicht nachvollziehen, warum zu diesem frühen Zeitpunkt schon konkrete Konzepte und Beschlüsse zur Bleeck-Umgestaltung erforderlich sein sollten. Er plädiert eindringlich dafür, zunächst die Genehmigungsfähigkeit der beantragten Verkehrsführung abzuwarten, um dann zu schauen und zu bewerten, wie sich die Verkehre tatsächlich nach Eröffnung der Ortsumgehungsstraße entwickeln. Seine Fraktion hält daran fest, an der vorhandenen Platzfläche des Bleeck nicht zu verändern weder durch Grünflächen noch Fontänenfelder.

Herr Barth sieht auch in der bisher einvernehmlich besprochenen Verkehrslösung die Möglichkeit mit möglichst geringem finanziellen Aufwand zunächst eine Zwischenlösung zu schaffen.

Herr Helmcke unterstützt den Antrag seiner Fraktion und empfiehlt dringend, damit zu beginnen das Tourismuskonzept umzusetzen.

Herr Wassermann sagt, dass das bisherige Verfahren auch den Vorstellungen des Seniorenbeirates entspricht. Zu Umbauten sollte es erst zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Herr Bredfeldt fasst die bisherige Diskussion zusammen und empfiehlt, den SPD-Antrag zur Kenntnis zu nehmen und in die September-Sitzung des Ausschusses zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: **8 Ja-Stimmen**
 3 Enthaltungen

TOP 5	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 51, Teilaufhebung B-Plan Nr. 33, Gewerbegebiet Nord
	a) Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit
	b) Entwurfsbeschluss

Herr Bredfeldt verweist auf die Beratungs- und Beschlussvorlage zu diesem Tagespunkt. Der Protokollführer gibt dazu einige Erläuterungen. Nach kurzer Aussprache beschließt der Ausschuss gemäß Beschlussvorlage:

- a) Der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten nimmt das Ergebnis der Verfahrensschritte der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) zur Kenntnis. Über die in diesem Verfahrensabschnitt eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Ausschuss wie vorstehend formuliert.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

- b) Den auf der Basis der oben angeführten Abwägungsvorschläge weiterentwickelten Plan, bestehend aus Planzeichnung (A) und Text (B) sowie die dazugehörige städtebauliche Begründung beschließt der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten als Entwurf. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligungsschritte gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

TOP 6	9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12, Hamburger Straße/Ochsenweg, Teilaufhebung 8. Änderung B-Plan Nr. 12 a) Ergebnis der Öffentlichkeitsbeteiligung b) Entwurfsbeschluss
--------------	--

Herr Bredfeldt verweist auf die Beratungs- und Beschlussvorlage der Verwaltung. Der Protokollführer gibt dazu einige Erläuterungen. **Herr Bredfeldt** bittet darum, ggf. die Planzeichnung um eine Festsetzung für einen Geh- und Radweg des Grundstückes an den Parkstraße/dem Ochsenweg zu ergänzen.

Nach kurzer Beratung beschließt der Ausschuss:

- a) Der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten nimmt das Ergebnis der Verfahrensschritte der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 i.V.m. §§ 13a/13 BauGB) und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB) zur Kenntnis. Über die in diesem Verfahrensabschnitt eingegangenen Stellungnahmen beschließt der Ausschuss wie vorstehend formuliert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- b) Den auf der Basis der oben angeführten Abwägungsvorschläge weiterentwickelten Plan, bestehend aus Planzeichnung (A) und Text (B) sowie die dazugehörige städtebauliche Begründung beschließt der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten als Entwurf. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligungsschritte gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 7	Aufstellung der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gewerbegebietes Süd, Lohstücker Weg/AKN/Segeberger Straße hier: Sondergebiet großflächiger Einzelhandel, Aktualisierung Einzelhandelsentwicklungskonzept
--------------	---

Herr Bredfeldt verweist auf den Vorentwurf des relativ kurzfristig zur Verfügung gestellten Gutachtens über die Auswirkungen des geplanten Fachmarktzentrums.

Der Protokollführer verweist auf die Beschlusslage zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes und informiert über die grundsätzlich positive Einschätzung der Landesplanung. Er empfiehlt auf der Basis der vorliegenden Gutachterergebnisse, das Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes vorzubereiten und durchzuführen, um damit alle relevanten Argumente insbesondere der Landesplanung zu sammeln und bewerten zu können.

Herr Bürgermeister Kütbach beschreibt das systematische Konzept der gutachterlichen Bewertung als eine ausgefeilte Balance zwischen den Erfordernissen des geplanten Fachmarktzentrums und der vorhandenen Einzelhandelsstruktur.

Aus der anschließenden Diskussion ergeben sich Fragen und auch Beratungsbedarf insbesondere zu folgenden Punkten:

- Das geplante Volumen für Lebensmitteleinzelhandel mit 1.500 m² Verkaufsfläche erscheint in Anbetracht der kürzlich getroffenen Standortentscheidung für die Hamburger Straße nicht angemessen (zu groß). Hierzu fehlen im Vorentwurf auch die ausführlichen Bewertungen.
- Der Umfang für die Sortimente Bekleidung und Schuhe sollte ebenfalls reduziert werden.
- Die prognostizierte Einwohnerentwicklung im Einzugsbereich der Standortanalyse scheint sehr optimistisch zu sein und wird angezweifelt.

Im Ergebnis der Diskussion wird vorgeschlagen, nach Vorliegen der Endfassung des Gutachtens das Thema in der nächsten Sitzung erneut mit Beteiligung des Gutachters zu erörtern.

Übereinstimmend folgt der Ausschuss der Empfehlung der Verwaltung, das Planverfahren auf der Grundlage der vorliegenden Daten zunächst mit dem Vorbehalt einer späteren Änderung der Projektdaten fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

TOP 8	Bericht der Verwaltung
--------------	-------------------------------

- Der Protokollführer berichtet über den Stand der **Erarbeitung eines regionalen Entwicklungskonzeptes für die Entwicklungsachse A7 Süd von Neumünster bis Norderstedt**. Hier finden demnächst Arbeitsgespräche in den beteiligten Kommunen mit Beteiligung der politisch Verantwortlichen statt. Für Bad Bramstedt ist ein Termin für Mitte September avisiert. Die Verwaltung wird die Mitglieder des Planungsausschusses zu gegebener Zeit dazu einladen.
- Am kommenden **Donnerstag, den 25.08.2011**, findet in Norderstedt das jährliche **Treffen der Oberbürgermeister/Bürgermeister der NORDGATE-Partner** statt.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.
- Am **Mittwoch, den 31.08.2011**, findet auf **Einladung der A20/Bissenmooranlieger eine Informationsveranstaltung** um 20.00 Uhr im Sitzungssaal des Schlosses statt.

TOP 9	Verschiedenes
--------------	----------------------

- **Herr Bredfeldt** empfiehlt wegen der Terminüberschneidung mit der Stadtverordnetenversammlung, die **nächste Sitzung des Planungsausschusses** auf den **26.09.2011** zu verlegen.
Der Ausschuss nimmt Kenntnis.
- **Herr Park** fragt nach dem erforderlichen **Aufwand des städtischen Bauhofes für die Pflege der öffentlichen Grünflächen**. Er berichtet von einem „**Heißschaumverfahren**“. Die Verwaltung bedankt sich für den Hinweis und wird die Anwendbarkeit dieses Verfahrens prüfen.

Herr Bredfeldt schließt dann den öffentlichen Teil der Sitzung.

II. Nicht öffentlicher Teil

Nur für den internen Gebrauch!

Gesehen:

Fritz Bredfeldt
Vorsitzender

Hans-Jürgen Kütbach
Bürgermeister

Udo Reinbacher
Protokollführer